

## Scharfe Kritik an Erhaltungsverordnung

So kann es gehen. Da habe ich gestern im Nachsatz zu dem Beitrag „Mieterschutz durch soziale Erhaltungsverordnungen“ – es geht um den Streit zwischen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben und dem Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg (Mileuschutzgebiet Großgörschen und Katzlerstraße), die Rot-Grüne Zählgemeinschaft für ihren Einsatz ausdrücklich gelobt, und schon kommt die Retourkutsche in Form eines Leserbriefes.

Hier der Text der – teilweise – sehr persönlich gehaltenen Mail:

Lieber Ed,

Dein Lob für rotgrün bezüglich des ausgeübten Vorkaufsrechts bei den BIMA-Immobilien in Schöneberg kann ich nicht nachvollziehen.

1.  
Das Bezirksamt verpulvert hier mit BVV-Unterstützung die nicht mehr vorhandenen Finanzreserven des Bezirks, um einer Mini-Kleingruppe von rotgrünen Vorzugsmietern ihre privilegierten Niedrigmieten zu retten. Das ist üble Klientelpolitik, gegen die sich die Mövenpick-FDP noch wie die Hüterin des Gemeinwohls ausnimmt. Dies gilt insbesondere, da der Bezirk mangels finanzieller Masse überhaupt nicht in der Lage ist, dieses absurde Husarenstück zu wiederholen.

2.  
Die Kaufpreisermittlung ist offensichtlich rechtswidrig. Der Bezirk lässt sich von einem durch ihn bezahlten Gutachter hier einen Gefälligkeitsverkehrswert bescheinigen. Das ist ein untauglicher Versuch, den Bund zu Gunsten Berlins entschädigungslos zu enteignen. Verkehrswert ist, was am Markt gezahlt wird - und Käufer und Verkäufer hatten sich bereits auf einen Preis - nämlich den Verkehrswert - geeinigt.

3.  
Du hast Dein Erwerbsleben im Öffentlichen Dienst verbracht. Du solltest eigentlich wissen, dass sich die BIMA wie jede andere Behörde an geltendes Recht zu halten hat und einen Verkauf nur zum Verkehrswert abwickeln darf.

Es gilt - leider - wieder das alte BVV-Motto: Wer am lautesten kräht, dem wird geholfen. Und wenn es

nur drei Häuser voller Krawallmieter sind, die kostewasewolle ihre privilegiert niedrigen Mieten retten wollen. Wie immer am allerliebsten mit anderleuts Geld. Hier mit dem des Steuerzahlers.

Dass die rotgrünen Vorzugsmieter das wollen, ist ihr gutes Recht. Dass diese Klientel von BVV und Bezirksamt so schamlos bedient wird, ist widerlich.

freundlich grüßt  
Malte Priesmeyer